Saar-Zeitung

Organ der Zentrumspartei für Stadt und Land des Saargaues.

Monatlicher Bezugspreis: Durch unsere Agenten 170.— Mk. Mit der Post bezogen 180.— Mk. Zeilenpreise: Die 8gespaltene m/m Zeile, 41 m/m breit, 3,00 Mk., außerhalb des Saargebietes 4,00 Mk. Die 88 m/m breite Reklamezeile 6,00 Mk.

Nr. 199. 51. Jahrgang.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten. — In Saarlouis die Geschäftsstelle, Gefängnisstraße Nr. 6. — Telegrammadresse: Saar-Zeitung. — Fernsprecher: Expedition Nr. 2, Redaktion Nr. 82. Postfach 38.

* Katholiken, Revolution und Staatsform.

Der Münchener Katholikentag ist zu Ende. Es war eine imposante Tagung, auf der die Katholiken sich aufs neue an alten Grundsätzen orientiert haben, um in den Wirrnissen und Kämpfen der Gegenwart auf festem Boden stehen und kämpfen zu können. Es kann nicht ausbleiben, daß von einem Kongreß, auf dem ja gewaltige geistige Kräfte wirksam werden, mächtige Einflüsse in die weitesten Kreise des deutschen Volkes dringen. Auch für unser politisches Leben wird nach wie vor die geistige und kulturelle Macht des Katholizismus von vielfach ausschlaggebender Bedeutung sein. Und wenn eine Tagung dann noch auf dem hohen geistigen Niveau steht wie der Münchener Katholikenkongreß, dann kann es erst recht nicht fehlen, daß dieser Einfluß sich geltend macht.

Es ist Torheit, jeden Zusammenhang zwischen Politik und Religion zu leugnen. Infolgedessen ist es etwas Selbstverständliches und, historisch betrachtet, Traditionelles, daß es auf einem Katholikentag auch an politischen Anspielungen nicht fehlen kann. Darum wird der Katholikentag noch nicht zu einer politischen Tagung. Auch in München hat es an manchen Anklängen an das politische Geschehen unserer Tage nicht gefehlt. Konnte man zunächst einige Befürchtungen hegen, daß die besondere politische Atmosphäre, in welcher München atmet, für den Verlauf des Katholikentages nicht besonders günstig sein würde, so darf rückblickend doch konstatiert werden, daß nach der grundsätzlichen Seite hin nur das ausgesprochen wurde, was allgemein katholische Sittenlehre ist, wenn es auch an den beiden ersten Tagen des Kongresses mit einer besonderen persönlichen Nuance versehen wurde. Noch immer durchtobt der Kampf um die Staatsform und um die Stellung des deutschen Staatsbürgers zur neuen Verfassung unser innerpolitisches Leben. Die Katholiken können in diesem Kampfe nicht neutral bleiben, und die Geschichte der letzten vier Jahre hat gezeigt, daß sie tatsächlich Partei ergriffen haben. Das sittliche Werturteil über die Art, wie der neue Staat ins Leben trat, ist unter Katholiken nicht umstritten, wenn dieses Urteil vielleicht auch je nach Veranlagung und Abstammung verschieden getönt sein wird.

Von besonderer Bedeutung für die Herausstellung der katholischen Grundsätze für die Stellung des Katholiken zum Staate, konkret gesprochen zur neuen deutschen Verfassung, war der letzte Tag der Münchener Katholikenversammlung. Dieser Tag brachte gleich zwei Höhepunkte in den Reden der Herren Dompropst Dr. Mausbach-Münster und des Münchener Erzbischofs Kardinal von Faulhaber. Der erstere war bekanntlich Mitglied der Deutschen Nationalversammlung und hat im Verfassungsausschuß dieses Parlaments eine hervorragende Rolle bei der Gestaltung äußerst wichtiger kulturpolitischer Artikel der Weimarer Verfassung gespielt. Dazu war er als weithin bekannter und angesehener Moral-Theologe wie kein anderer berufen. Das Zentrum, dem er politisch angehörte, durfte sich seiner Meinung getrost anvertrauen und von vornherein der Überzeugung sein, daß er sich nicht zum Befürworter von Anschauungen und Rechtsbestimmungen machen würde, die für das Zentrum aus katholischen und sittlichen Erwägungen heraus unannehmbar sein würden. Dieser Mann hat nun in München eine großzügige Rede gehalten über das Thema „Christliche Staatsordnung und Staatsgesinnung". In meisterhafter und gedankenreicher Rede meißelte er die unverrückbaren Grundsätze des Christentums für die Beurteilung revolutionärer Vorgänge und für die Entstehung eines neuen Rechtszustandes heraus. Das Wort, das der Redner sprach, daß die Kirche jede Revolution und die gewalttätige Annexion der Macht von oben verurteilt, war ein richtiges Wort am richtigen Platz. Eine Revolution ist immer ein Unrecht. Unmittelbar kann sie niemals Recht schaffen, wohl aber kann aus dem Behaupten in dem neugeschaffenen Zustande und durch eine auf legalem Wege zustande gekommene Zustimmung der Staatsbürger neues Recht geschaffen werden. Es war ein guter Griff von Prof. Mausbach, daß er auf ein Rundschreiben Leo XIII. an die französischen Bischöfe im Jahre 1892 zurückgriff, in dem die Bischöfe aufgefordert wurden, sich in Loyalität und ohne Hintergedanken an die Republik anzuschließen. In diesem Schreiben heißt es: Aenderungen der Staatsformen seien keineswegs in ihrem Anfang immer rechtmäßig, ja es halte schwer, daß sie es seien. Dennoch verlange der Gesichtspunkt der öffentlichen Ruhe und Ordnung des Staates, daß man die Sache so ansehen müsse, als ob die gewöhnlichen Regeln der Gewaltübertragung suspendiert würden. Ja, es könne sogar sein, daß sie im Laufe der Zeit ganz aufgehoben würden. Ehre und Gewissen befehlen und verlangten in diesem Falle eine aufrichtige Unterordnung unter die tatsächliche Gewalt. So die bedeutsamen Worte Leo XIII. Sie scheinen wie für unsere Tage geschrieben. Die deutschen Katholiken können für sich in Anspruch nehmen, daß sie nach ihnen gehandelt haben. Gegenüber jenen kühnen und unhaltbaren Thesen, die vor einigen Monaten ein bayerischer Schriftsteller aufgestellt hat, betonte Mausbach, daß es in Wahrheit keine Staatsordnung gebe, die sich mit Vorrecht „christlich" nennen dürfte. So kam der Redner konsequenterweise zu der Forderung an die Katholiken, daß sie sich aus Staatsgesinnung heraus mit allen ordnungsliebenden Bürgern zur Wahrung des Staatsganzen zusammenschließen müßten.

Auch Kardinal Dr. von Faulhaber sprach nach dem Münsterischen Theologen bedeutsame Worte, die man nicht außer acht lassen darf, wenn man der Gesamtpersönlichkeit des Kardinals als Politiker gerecht werden will. Auch er bezeichnete es als unerlaubt, eine Staatsverfassung auf gewalttätige oder gar blutige Weise zu ändern. Scharfe Worte fand er für den politischen Mord, der in jedem Fall ein scheußliches Verbrechen sei. Dieses Urteil trifft also auch den Mörder Eisners, den Grafen Arco, der leider in einem bayerischen katholischen Theologen einen Lobsprecher gefunden hat. Mit einer Deutlichkeit, wie sie selbst in der leidenschaftsdurchwühlten Stimmung nach dem Rathenaumord bei Gegnern der Rechtsradikalen nicht zu verzeichnen war, sagte der Kardinal, wenn nach einer skrupellosen Verhetzung endlich einer den Revolver ziehe, dann brauche man keinen Staatsgerichtshof, um den Mörder zu suchen, denn dann sitze der Mörder in den Schreibstuben jener Zeitungen, die die Leidenschaften in persönlicher Hetze aufgewühlt haben.

Nach alledem hat der Münchener Katholikentag über die Stellung der Katholiken zum neuen Staate und über die Anforderungen, die das christliche Sittengesetz an jeden, der auf den Ehrennamen eines Christen Anspruch erhebt, für seine politische Gebahrung und für seine Einstellung zur gegebenen Staatsform stellt, keinen Zweifel gelassen. Sollte noch irgendwo eine Unklarheit in dieser Hinsicht bestanden haben, so hat der Münchener Katholikentag sie hoffentlich ein für allemal zerstreut. Für Christen gibt es auch im neuen republikanischen Deutschland keine andere Lösung als: Mitarbeit auf dem Boden der gegebenen Tatsachen, Achtung vor der gesetzmäßigen Obrigkeit und Reformbestrebungen nur im Rahmen des Gesetzes. Von der Kanzel des Katholikentages ist die Verkündigung dieser Grundsätze durch alle deutschen Lande gedrungen, und man darf der zuversichtlichen Hoffnung sein, daß die Münchener Tagung der Katholiken dazu beigetragen hat, den innerpolitischen Kampf, der natürlich nicht ruhen wird, fester auf den Boden der Sachlichkeit zu verankern und jede Abirrung in gefährliche und verderbenbringende Seitenwege nach Möglichkeit zu verhindern.

Die deutsch-belgischen Verhandlungen.

Frankreichs Antwort an England.

— Berlin, 2. Sept. Nach den letzten Nachrichten, die hier eingegangen sind, werden die beiden Vertreter Belgiens in der Reparationskommission, Delacroix und Bemelmans, am Dienstag abend in Berlin eintreffen, sodaß am Mittwoch vormittag die Verhandlungen über die Garantien der Schatzwechsel für die belgische Priorität aufgenommen werden können. Sie werden wahrscheinlich mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Die Besprechung des Reichskanzlers mit den Parteiführern wird voraussichtlich Montag abend stattfinden.

Die französische Antwort auf die Balfournote

wtb. Paris, 1. Sept. Havas veröffentlicht den Wortlaut der französischen Antwort auf die Balfournote. Darin heißt es u. a.: Auch die französische Regierung sei überzeugt, daß das Reparationsproblem eine endgültige Lösung nur erhalten könne, wenn es nicht mit dem Problem der interalliierten Schulden in Verbindung gebracht werde. Es erscheine nötig, daß diese Frage auf einer Konferenz zwischen allen Interessierten geprüft werde. Ferner wird betont, daß die interalliierten Schulden und die Reparationsschulden nicht auf gleichen Fuß mit einander gestellt werden könnten, denn die interalliierten Schulden seien im Interesse der gemeinsamen Sache eingegangen worden, um den Sieg zu sichern. In moralischer Hinsicht würde daher eine Annullierung der interalliierten Schulden gerechtfertigt sein. Auf jeden Fall trügen sie einen anderen Charakter als gewisse andere interalliierte Schulden, dagegen sei die Reparationsschuld Deutschlands festgelegt wegen absichtlicher und zweckloser Zerstörung und mit Rücksicht auf die Pensionen, die die Alliierten zu zahlen hätten. Diese Reparationsschulden müßten naturgemäß eine Priorität vor jeder anderen Zahlung haben.

Londoner Blätterstimmen über Poincares Antwort.

wtb. London, 2. Sept. Zu der Antwort Poincares auf die Balfournote schreibt die Times: Die Tatsache, daß diese Antwort erfolgte, deute auf eine neue Bewegung seitens Frankreichs, an einer wirklich aufbauenden Richtung teilzunehmen, hin. Diese Bewegung müsse vom britischen Staat warm gefördert werden. Die wirklichen Schwierigkeiten der französischen Lage müßten voll anerkannt werden und die britische Regierung wisse, daß ein Zusammenwirken durch Maßnahmen wie die Balfournote zu vermitteln und im Zusammenhang mit den Reparationen Deutschland zahlen zu lassen, was es zahlen könne. Es sei klar, daß durch die Irrtümer und Meinungsverschiedenheiten der Alliierten Deutschland jetzt in eine Lage hineingesunken sei, die es schwieriger mache, als je zuvor, Maßnahmen zu finden, um die Zahlung der deutschen Schulden sicherzustellen. Es sei notwendig, daß das Gesamtproblem der internationalen Schulden behandelt werde, damit praktische Mittel gefunden werden, um die Gesamtsumme der deutschen Reparationen herabzumindern.

Daily News schreibt: Die Tatsache, daß Amerika nicht gewillt ist, England seine Schulden zu erlassen, vermindere in keiner Weise die Dringlichkeit einer Regelung mit Deutschland und Frankreich. Die öffentliche Meinung in England erwartet, daß die britische Regierung, nachdem sie ihre Geste gemacht habe, nicht nur keinerlei Schwierigkeiten in den Weg einer Alliiertenkonferenz lege, sondern ihr jede Förderung und Unterstützung angedeihen lassen werde. Das Blatt bezeichnet die Schulden Frankreichs an Großbritannien als eine schlechte Schuld, mit der man nur eins tun könne: man könne damit erreichen, daß die deutschen Reparationen gestrichen würden. Durch diese Verwendung der französischen Schulden verliere England nichts, gewinne alles. Weshalb soll es da noch zögern?

Daily Chronicle sagt: Die Entscheidung der Reparationskommission beseitigt die unmittelbare Krise, regelt jedoch noch nicht das Reparationsproblem. Man halte es für wahrscheinlich, daß die vom französischen Ministerpräsidenten für den Herbst vorgeschlagene Zusammenkunft des Obersten Rates im November stattfinden werde. Es hängt viel davon ab, wie der Boden vorbereitet werde und was man bis dahin getan habe. Amerikanische Finanzleute würden viel zu sagen haben, wenn die Frage einer Anleihe an Deutschland wieder aufgeworfen werde, und es sei möglich, daß wenn dieser Vorschlag neu belebt werde, die Franzosen ihn günstiger beurteilen würden. Die Frage der interalliierten Schulden, mit der sich Poincare in seiner Note befaßt habe, sei der Natur der Dinge nach nicht ein Teil des Reparationsproblems und zwar aus dem Grunde, weil die Zahlung von Reparationen nicht nur von Frankreichs Bedürfnissen abhängt, sondern auch von Deutschlands Zahlungsfähigkeit. Der Erklärung Poincares, daß die Last des Krieges schwerer auf Frankreich gefallen sei als auf Großbritannien, könne nicht zugestimmt werden. Die Aussichten zwischen jetzt und November könnten gebessert werden, wenn sich die Staatsmänner Europas auf die dritte finanzielle Seite der Frage konzentrieren und den besten Rat der Geschäftswelt anhören würden.

„Das ewige Kompromiß".

wtb. Paris, 2. Sept. Im Gaulois heißt es unter der Ueberschrift „Das ewige Kompromiß": Der Ausgang der Schlacht hätte böser sein können, wenn er, wie man fürchten konnte, zum endgültigen Bruch der Bündnisse und zur Isolierung Frankreichs geführt hätte. In Wirklichkeit hat es nicht den Anschein, als ob die gestern erfolgte Lösung die durch die Londoner Konferenz geschaffene Lage änderte. Die Regierungen, die sich nicht verständigen konnten, hatten sich aus der Reparationskommission zurückgezogen. Die Kommission ihrerseits sei aber vor der Verantwortung zurückgewichen und habe sich auf eine Art von Kompromiß geeinigt, das es ihr erlaubt, die Diskussion bis zu der neuen interalliierten Konferenz zu verschieben. Die Politik der sofortigen Handlung sei zweifellos diejenige, welche die direkte Ungeduld und die zu häufige Aufeinanderfolge grausamer Enttäuschungen verlange. Man dürfe sich aber eben so wenig allzu großen Illusionen über die Wirksamkeit einer individuell unternommenen Zwangsaktion machen, es sei denn, daß diese Aktion das Ergebnis habe, eine direkte Besprechung zwischen Frankreich und Deutschland herbeizuführen, bei der Deutschland der Bittsteller sein würde. Die gestern unternommene Lösung beweise indessen, daß es nicht unumgänglich notwendig sei, sich von dem interalliierten Block zu trennen, um gesondert zu verhandeln, da diese Möglichkeit für Belgien zugelassen sei. Das sei ein Präzedenzfall, auf den Frankreich sich gelegentlich werde berufen können, falls eine neue Konferenz ebenso negative Ergebnisse haben sollte, wie die in London.

In der Action Française heißt es, es sei der Reparationskommission gelungen, was sie am allermeisten wünschte, zu erreichen: ein einstimmiges Votum. Das Haus hat keinen Riß bekommen. Die Reparationskommission bleibt, aber wo sind die Reparationen? Wo sind die Pfänder für die Reparationen. Die gestrige Entscheidung brachte die Lösung nicht einen einzigen Schritt vorwärts. Man wird aber trotz alledem darauf bedacht sein müssen, daß man irgendwo Geld findet. Was Deutschland nicht bezahlen wird, das wird Belgien selbst bezahlen. Wann kommt dieselbe Reihe an uns? Denn letzten Endes wird jemand bezahlen müssen, und was wird jetzt die französische Regierung beschließen? Hier wollen wir die Falle zeigen, die die Reparationskommission für die französische Regierung zurecht gemacht hat. Spätestens im November werden die Schwierigkeiten sich zeigen, dann wird es Formeln geben (kein Moratorium ohne Pfänder), die weicher geworden sein werden, weil man nicht mehr an sie glauben wird. Die Reparationskommission hat Poincare für die Zukunft ein Uebermaß von Schwierigkeiten geschaffen. Sie wird ihn im November in dieselbe Lage treiben, in der er sich im Juni befand, als der Bankierausschuß zusammentrat und unter noch schlimmeren Bedingungen. Die französische Regierung, die heute berät, hat noch einige Stunden vor sich, um die Konsequenzen vorauszusehen, und um sie, wenn sie nicht in den Schlingen des Versailler Vertrages gefangen ist, zu beseitigen.

Im Eclair heißt es, wieder einmal hat die französische Regierung sich mit einer rein moralischen Genugtuung begnügt, von der sich niemand dumm machen ließe. In Deutschland hat man gestern erklärt, daß England es verstehen werde, Frankreich zur Kapitulation zu bringen. Man wird jetzt sagen, daß wir geblufft haben und unser Prestige wird einen schweren Stoß erhalten.

Libre Parole sagt, zweifellos kann Poincare sagen, daß er Genugtuung erhalten hat, da das Moratorium offiziell abgelehnt wurde. Aber in Wirklichkeit ist er geschlagen und zwar ordentlich geschlagen, weil Deutschland aus der Vertagung einen Nutzen zieht, der mit dem übereinstimmt, den man ihm verweigerte.

Poincare zur Lage.

wtb. Paris, 1. Sept. Ueber den heutigen Ministerrat wird folgendes amtlich mitgeteilt: Die Minister sind heute vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik zusammengetreten. Ministerpräsident Poincare setzte den gegenwärtigen Stand der außenpolitischen Fragen auseinander. Da die Reparationskommission das von Deutschland verlangte Moratorium nicht gewährte, stellt sich der Ministerrat auf den Standpunkt, daß er für den Augenblick von diesem Beschluß Kenntnis zu nehmen habe. Da Belgien, das auf Grund seines Prioritätsrechtes die gesamten nächsten Zahlungen erhalten soll, den von der Kommission bewilligten Zahlungsmodalitäten nicht nur zustimmte, sondern sie selbst vorschlug, hält der Ministerrat es für angezeigt, sich seine Handlungsfreiheit vorzubehalten bis zur Inkraftsetzung der vorgesehenen Bedingungen. Im Einklang mit dem Gedanken, den der Ministerpräsident in London vertrat, beschloß der Ministerrat außerdem darauf zu dringen, daß sobald wie möglich eine Konferenz einberufen wird, zu der alle Verbündeten ohne Ausnahme zugezogen werden, die die Frage der interalliierten Schulden und die Reparationsfrage in ihrem ganzen Umfange prüfen wird.

Bradbury über das Ergebnis der Pariser Verhandlungen.

wtb. London, 3. Sept. In einer Unterredung mit dem Pariser Berichterstatter der „Times" erklärte Bradbury, obwohl er im Interesse des deutschen Kredits einen unbedingten Aufschub vorgeschlagen hätte, so sei doch, wenn die notwendige Vereinbarung erzielt werden könne, die für dieses Jahr notwendige Erleichterung gewährt. Nur das augenblickliche Problem sei gelöst, aber es sei denkbar, daß zurzeit eine Regelung gefunden wurde, um eine Verschlimmerung der Krise in der Reparationskommission und in Europa abzuwenden. Die Reparationskommission sei nicht mehr in direkter Weise an den Verhandlungen beteiligt, die in Berlin oder Brüssel stattfinden müßten. Belgien und Deutschland würden untereinander ein Abkommen zu treffen haben, wie die Schatzbonds garantiert werden könnten. Es würde bedauerlich sein, wenn es notwendig wäre, das Gold in auswärtigen Banken — in Bern oder Kopenhagen — zu deponieren. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde dies vermieden werden. Die Schatzbonds sollten von Deutschland gesichert werden und Deutschland werde einen Aufschub erhalten. Natürlich werde dagegen eingewandt, daß ein Teil der Goldreserve des Reichs verwandt werden müßte, aber er hoffe, daß die Minderung keine große Beanspruchung dieser Goldreserve bedeuten werde. Wenn es notwendig sein werde, die Zustimmung der Reichsbank, die jetzt autonom sei, verlangt werden müsse. Im Ganzen sei seiner Ansicht nach die Vereinbarung so befriedigend wie man erwarten konnte.

wtb. London, 3. Sept. Der Pariser Korrespondent der „Daily Chronicle" schreibt: Bradbury habe erklärt, die Entscheidung der Reparationskommission bedeute einen Aufschub für Deutschland vorausgesetzt, daß es die notwendigen Garantien geben könne, um die Schatzbonds zu sichern. Bradbury habe seiner Hoffnung Ausdruck gegeben, daß eine Vereinbarung zustande kommen werde, die große Zuweisungen deutschen Goldes an ausländische Banken vermeide, da dies zweifellos die deutschen Finanzen beeinträchtigen würde. Sollte diese Maßnahme notwendig sein, so würden die ausländischen Banken möglicherweise in Kopenhagen oder Bern sein. Auf die Frage, ob er von der Lösung befriedigt sei, erwiderte Bradbury nur: Ich glaube, daß mein Vorschlag ganz vernünftig war.

Deutsche Pressestimmen.

wtb. Berlin, 3. Sept. Die hiesigen Abendblätter besprechen weiter die Entscheidung der Reparationskommission. Der Berliner Lokalanzeiger bringt eine Auslassung des Direktors Urbig von der Diskontogesellschaft, welcher sagt, wenn das Reich nicht in der Lage sei, die Goldsummen aufzubringen — und es ist dazu nicht in der Lage — wie sollten dann die Großbanken diese Summe garantieren? 50 Millionen Goldmark könne keine Regierung aus der ausgepowerten deutschen Wirtschaft herausbekommen. Die Periode der Drohungen scheine zunächst abgeschlossen. Das Problem sei aber nicht gelöst. In der Haltung Poincares habe vermutlich die Entwertung des französischen Franken beigetragen, der in den letzten Tagen von 45 auf 40 herunter gegangen sei. Der belgische Franken habe die Verbundenheit mit dem Fallen der Mark noch stärker gezeigt.

Der „Bonsoir" schreibt, die Ausgabe der verlangten Schatzscheine gibt Belgien das Recht, nach sechs Monaten Deutschland Goldwechsel von 270 Millio-